

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Bundesschiedskommission

Entscheidung
In dem Parteiordnungsverfahren
1/1975/P
24.03.1975

In den Parteiordnungsverfahren

Bezirk W W

- Antragsteller -

g e g e n

1. B aus D

2. H aus D

- Antragsgegner -

hat die Bundesschiedskommission in ihrer Sitzung am 24. März 1975 in Bonn unter Mitwirkung von

Dr. Johannes Strelitz (Vorsitz)

Prof. Dr. Peter Landau

Otto Fichtner

entschieden:

1. Die Entscheidung ergeht im schriftlichen Verfahren.
2. Die Verfahren werden verbunden.
- 3.1. Die Berufung des Antragsgegners B gegen den Beschluß der Schiedskommission II des Bezirks W W vom 20.12.1974 wird zurückgewiesen. Es wird festgestellt, daß der Antragsgegner B nicht mehr Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist.
- 3.2. Unter Zurückweisung der Berufung des Antragsgegners H wird der Beschluß der Schiedskommission II des Bezirks W W vom 20. 1974 aufgehoben. Auf die Berufung

des Antragstellers wird der Antragsgegner H aus der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ausgeschlossen.

Tatbestand

Die Antragsgegner veröffentlichten in "Blätter für deutsche und internationale Politik" Nr. 10, 1974, S. 996 ff. unter der Überschrift "Die rechte Herausforderung" folgenden Aufsatz:

"Die Bundesrepublik erlebt gegenwärtig eine Welle ökonomischen Drucks auf breiteste Bevölkerungskreise, politischer Disziplinierungsbestrebungen und ideologischer Aggressivität der Rechtskräfte aller Schattierungen.

Der in neue Dimensionen vorgestoßene Prozeß der Konzentration und Zentralisation des Kapitals, die zunehmende Verkleinerung des staatsmonopolistischen Planungs- und Lenkungsinstrumentariums sowie die Optimierung bürgerlicher Manipulationstendenzen können nicht mehr über die chronisch gewordene Krise des Kapitalismus hinwegtäuschen. Während die sogenannte Ölkrise, die Inflation, das Anwachsen der Arbeitslosigkeit und die Bankpleiten der letzten Monate den krisenhaften Charakter der bestehenden Wirtschaftsordnung erneut unter Beweis stellen, die Befreiung Portugals und Griechenlands vom Faschismus und das Erstarren der Linken in Ländern wie Frankreich, Italien u.a. den schrumpfenden politischen Spielraum der Kapitalherrschaft eindrucksvoll demonstriert und der Bonner Staat zum Nothelfer westeuropäischer Nachbarkapitalismen avanciert, versuchen Arbeitgeberverbände, Bundesregierung und Pressemonopole in Form einer konzertierten Aktion, über die Unfähigkeit des Kapitalismus zur systemimmanenten Lösung seiner Probleme Nebel zu werfen.

Den akuten Kapitalverwertungsschwierigkeiten begegnet die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung mit Sonderprogrammen und Schubladenplänen der Ministerialbürokratie, die das Profitaufkommen der Konzerne steigern und die Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen einer Mehrheit der Werktätigen (Massenarbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Reallohnneinbußen) verschleiern sollen. Das "magische Viereck" spätkapitalistischer Wirtschaftspolitik - Vollbeschäftigung, Preisstabilität, Wirtschaftswachstum und außenwirtschaftliches Gleichgewicht - erweist sich immer deutlicher als Quadratur des Kreises.

Maßhalteappelle, Lohnleitlinien und gewerkschaftsfeindliche Äußerungen führender SPD-Politiker sind an die Stelle sozialer Reformversprechungen im letzten Bundestagswahlkampf getreten. Dabei symbolisiert der Kanzlerwechsel diese Entwicklung auch personell. Wie sich heute zeigt, war das Motto von S Regierungserklärung - "Konzentration und Kontinuität"- auch insoweit Programm, als der Konzentrationsprozeß in der Wirtschaft unter der Ägide des umgebildeten Kabinetts kontinuierlich voranschreitet. Das Konzept der formierten Gesellschaft, das E seinerzeit als ideologische Legitimationsbasis seiner Wirtschafts- und Sozialpolitik diente, feiert fröhliche Urständ - auf sozialdemokratisch.

Die offenen Ankündigungen von CDU und CSU, nach gewonnenen Landtagswahlen eine Säuberungswelle im öffentlichen Dienst einzuleiten und die Berufsverbotspraxis gegen Sozialisten und Kommunisten noch zu verschärfen, stoßen auf frappierende Gelassenheit. Die liberale Presse schweigt oder schwenkt ins Lager der Rechten, während große Teile der Sozialdemokratie wieder einmal bereitwillig mithelfen, das Messer zu schärfen, das in ihren eigenen Rücken gestoßen werden soll.

Selbst Resolutionen aus Untergliederungen der Regierungspartei sowie die offene Solidarisierung des IG-Metall-Vorsitzenden L mit kommunistischen Gewerkschaftskollegen können die sozialdemokratische Führung - trotz der immer deutlicher zutage tretenden Auswirkungen der internationalen Systemkrise des Kapitals - nicht dazu bewegen, ihre engstirnige, antikommunistische Haltung zu überdenken und eine an den wirklichen Ursachen der Krise ansetzende, also antimonopolistische Strategie zu entwickeln. Vielmehr versucht man im rechten Wettstreit mit den Konservativen um die Wähler der "Mitte", sich von allen systemkritischen Kräften "abzugrenzen" und z.B. durch eine besonders restriktive Anwendung des Radikalenerlasses zu profilieren (H.). Statt den Klotz, den man sich selbst ans Bein gebunden hat, zu lösen, wird er fester angezurrt.

Hinzu kommt eine verstärkte Pazifizierung der SPD-Linken, die sich nach dem Kanzlerwechsel verschärftem Anpassungsdruck ausgesetzt sah und ohne nennenswerten Widerstand auf den Rechtskurs der Parteispitze und damit auf die "Beschränkung auf das Machbare" verpflichtet werden konnte, während die linken Kräfte an der Basis zusehends in politische Lethargie zu verfallen drohen.

Die mit der Glorifizierung des "Machers" S noch potenzierte Identifikation sozialdemokratischer Politik mit dem kapitalistischen System und dessen ökonomischen Krisen ermöglicht der Union, ihre seit Jahren betriebene "Doppelstrategie" zu perfektionieren, nämlich einerseits durch geschickte Sozialdemagogie eine progressive Alternative vorzutauschen und andererseits die Restauration ultrarechter und zum Teil offen faschistischer Gedanken voranzutreiben.

Der Versuch, diese "Doppelstrategie" durch die Gründung eines CSU-Ablegers außerhalb Bayerns auch organisatorisch zu manifestieren, findet nur schwachen, eher deklaratorischen Widerstand seitens der CDU, weil dadurch deren Möglichkeiten verbessert werden, sich in den Augen der bürgerlichen Öffentlichkeit als moderne und soziale Partei der Mitte, welche die SPD an Effektivität übertrifft, anzubieten, während die bundesweite CSU-Aktivität als Sammelbecken aller rechten Randgruppen fungieren kann. Die Gefahr der Wiederholung einer so peinlichen, und folgenschweren Fehlleistung wie des Verlustes von über 4 % NPD-Stimmen anlässlich der Bundestagswahl 1969 soll auf diese Weise offenbar zumindest auf ein Minimum reduziert werden.

Tatkräftig unterstützt durch Gelder der Konzerne, bemühen sich die Unionsparteien mit der Gründung ihrer "Schülerunion" und ständig fortschreitender Aktivierung der Hochschularbeit, eine der letzten Lücken in ihrem Manipulationsapparat zu schließen. Aktivitäten, die auf fruchtbaren Boden fallen der durch die Verhinderung einer demokratischen Reform des Bildungswesens und die Säuberung der Schulen von "Systemverändern" bereitet ist und bereitet wird.

Der Rechtstrend der SPD, verbunden mit der Disziplinierung aller systemkritischen Ansätze innerhalb und außerhalb der Partei gewinnt dadurch tragikomische Züge, erweitert er doch den Spielraum erzkonservativer und reaktionärer Kräfte zum Kampf auch gegen die SPD selbst.

Die Zuspitzung der kapitalistischen Widersprüche, der unübersehbare Fortschritt der sozialistischen Kräfte im internationalen Maßstab und die Weiterentwicklung des auch in der Bundesrepublik entstandenen demokratischen Potentials, allen Diskriminierungen zum Trotz, veranlassen das Monopolkapital, seinen Druck auf die Lohnabhängigen zu intensivieren. Festzustellen bleibt jedoch, daß der verstärkte Druck der Rechtskräfte nicht aus einer gestärkten, sondern aus einer objektiv geschwächten Position heraus erfolgt. Das beweist nicht zuletzt die besondere Bitterkeit der von ihnen angezettelten Gegenoffensive.

Der systematische Versuch, das Rad der geschichtlichen Entwicklung zurückzudrehen, wird trotz seiner gefährlichen Begleiterscheinungen kaum zum Erfolg führen können, vorausgesetzt, die in den letzten Jahren auch in der Bundesrepublik spürbar gewachsene demokratische Bewegung gibt ihre einmal errungenen Positionen nicht kampflos preis. Angesichts des im Vergleich zu anderen Ländern noch relativ niedrigen Entwicklungsgrades des Klassenbewußtseins der Werktätigen in der BRD resultiert die momentane Schwäche der Linken nicht zuletzt aus ihrer politischen und organisatorischen Zersplitterung, die ein geschlossenes Vorgehen gegen das Monopolkapital ebenso erschwert wie der gerade bei kritischen Liberalen zu beobachtende Mangel an Solidarität.

Die Herausforderung von rechts muß als das begriffen werden, was sie ist - eine Herausforderung der Linken, d.h. ein ernster Anstoß, weltanschauliche und politische Divergenzen zurückzustellen angesichts der (jüngst von A in der "Frankfurter Rundschau" als Lehre der erfolgreichen "Union populaire" in Frankreich eindrucksvoll dargelegten) Erkenntnis, daß der rechten Offensive nur durch gemeinsames Handeln Einhalt ge-

boten und eine konkrete Alternative gegenübergestellt werden kann.

B und H"

Auf seiner Sitzung am 25.11.1974 ordnete der Bezirksvorstand W W gemäß § 18 der Schiedsordnung eine Sofortmaßnahme und das Ruhen aller Rechte der Antragsgegner aus ihrer Mitgliedschaft in der SPD für drei Monate an.

Mit Beschluß vom 14. Dezember 1974 schloß die Vorinstanz, die Schiedskommission des Bezirks W-W, den Antragsgegner B aus, der SPD aus, während sie dem Antragsgegner H auf die Dauer von zwei Jahren das Recht aberkannte, Funktionen zu bekleiden. Die Sofortmaßnahme wurde im Umfang des Beschlusses aufrechterhalten. Grundlage des Beschlusses der Vorinstanz war nicht nur der Aufsatz mit dem Titel "Die rechte Herausforderung", sondern auch noch andere Aufsätze, die der Antragsgegner B veröffentlicht hatte.

Die Berufung des Antragstellers und der Antragsgegner gegen die Entscheidung der Vorinstanz zur Bundesschiedskommission erfolgte form- und fristgerecht.

Der Antragsteller ist der Auffassung, daß die in dem Spruch der Vorinstanz vorgenommene Abstufung zwischen beiden Antragsgegnern nicht gerechtfertigt sei. Zwar sei der dem Antragsgegner B zum Vorwurf gemachte Tatbestand umfangreicher, aber auch der Antragsgegner H habe die volle Verantwortung für den Artikel "Die rechte Herausforderung" mit Ausnahme des letzten Absatzes übernommen. Daher müsse auch er aus der SPD ausgeschlossen werden.

Der Antragsteller beantragt, unter Bestätigung des Beschlusses

gegen den Antragsgegner B auch den Antragsgegner H aus der SPD auszuschließen.

Beide Antragsgegner beantragen übereinstimmend,

die erstinstanzliche Entscheidung aufzuheben und festzustellen, daß sie sich eines Verstoßes gegen die Parteiordnung nicht schuldig gemacht haben,
hilfsweise:
das Verfahren einzustellen.

Der Antragsgegner B behauptet, daß der Aufsatz von ihm und dem Antragsgegner H an einem Abend geschrieben worden sei. Es sei daher zu teilweise unvermeidbaren Verkürzungen gekommen, die Interpretationslücken öffneten. Es sei absurd, den Antragsgegnern zu unterstellen, mit der Formulierung "Versuchen Arbeitgeberverbände, Bundesregierung und Pressemonopole in Form einer konzertierten Aktion über die Unfähigkeit des Kapitalismus zur systemimmanenten Lösung seiner Probleme Nebel zu werfen" ein konspiratives Zusammenwirken der Regierung und ihrer sozialdemokratischen Mitglieder mit arbeitnehmerfeindlichen Kräften gemeint zu haben. Im folgenden Abschnitt würden die Antragsgegner Kritik an der sich in den Plänen der Ministerialbürokratie niederschlagenden wirtschaftspolitischen Konzeption, deren systemkonformes Lenkungsinstrumentarium auf eine Steigerung der unternehmerischen Gewinnchancen abstelle, die Investitionsautonomie privater Kapitaleigentümer hingegen unangetastet lasse, üben.

Die Behauptung, es gebe gewerkschaftsfeindliche Äußerungen führender SPD-Politiker, sei im Sinne von nicht gewerkschaftsfreundlich gemeint, aber nicht so, daß damit die Gewerkschaften institutionell in Frage gestellt worden seien. Er würde es bedauern, wenn der Begriff gewerkschaftsfeindlich als Diffamierung aufgefaßt werden sollte.

Mit der These, daß zwar nicht die Politik E's, aber seine Konzeption der kooperativen, formierten Gesellschaft heute fröhliche Urstand feiere - auf sozialdemokratisch, bezögen sich die Antragsgegner auf die Regierungserklärung S's "Kontinuität und Konzentration", in der die Grundgedanken der Konzeption der formierten Gesellschaft mehrfach auftauchten. Der Vorwurf einer engstirnigen antikommunistischen Haltung der SPD Führung beziehe sich im Wesentlichen auf die massive, mit dem Grundsatz der "Nichteinmischung" nur schwer zu vereinbarende Beeinflussung der portugiesischen Sozialisten, ihre Bündnisbereitschaft gegenüber der nationalen KP, aufzugeben. Ferner sei auch an den Radikalenerlaß und dessen Handhabung durch SPD-Politiker und die indirekte Unterstützung der Gegner M's und seiner sozialistischen Partei im französischen Präsidentschaftswahlkampf 1974 gedacht worden.

Die Behauptung, daß die Politik der SPD von weiten Bevölkerungskreisen mit dem kapitalistischen System und seinen Krisen identifiziert werde, unterstelle der SPD nicht, sie identifiziere sich mit der Rezession und dem damit verbundenen Massenelend, was wiederum heißen würde, daß die Partei Wirtschaftskrisen befürworte oder sich dafür verantwortlich fühle. Daß sich die SPD seit ihrem H. Parteitag vom April 1973 eher nach rechts entwickelt habe, sei unter Politikwissenschaftlern völlig unumstritten und werde schon durch das Abrücken von einigen der dort beschlossenen Anträge dokumentiert.

Was den letzten Absatz des Artikels angehe, so sei bereits in der mündlichen Verhandlung vor der Bezirksschiedskommission durch Vorlage des Originalmanuskripts, eines Briefes

des zuständigen Redakteurs sowie einer entsprechenden eigenen Erklärung der Nachweis geführt worden, daß die inhaltlich geänderte Fassung nicht mit den Antragsgegnern abgestimmt und deshalb auch nicht von ihnen zu verantworten sei.

Die Bezirksschiedskommission sei einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit dem Artikel ausgewichen. Die Parteiloyalität eines Sozialdemokraten bemesse sich nicht nach seiner Bereitschaft zu blinder Führungsgefolgschaft und Regierungstreue, sondern nach seinem Bemühen, entsprechend der Grundsätze und Grundwerte des Godesberger Programms die Parteitagsbeschlüsse zu vertreten. Die SPD dürfe nicht zum politischen Akklamationsorgan und bloßen Anhängsel der Bundesregierung verkümmern. Der Artikel "Die rechte Herausforderung" sei keineswegs gegen die Sozialdemokratie, sondern eindeutig gegen die Unionsparteien gerichtet. Im übrigen habe hinter den Namensangaben der Autoren ein Hinweis auf ihre Mitgliedschaft und Funktionen in der SPD gefehlt.

Letztlich sei er als Sozialwissenschaftler mit dem Arbeitsschwerpunkt Politik, Geschichte der SPD und ihrer Jugendorganisationen gezwungen, seine Auffassungen und Erkenntnisse von bestimmten politischen Problemen zu veröffentlichen. Dabei biete er insofern eine große Angriffsfläche für seine innerparteilichen Gegner, als sich immer einzelne, aus dem Zusammenhang seines Werkes gerissene Satzketten finden ließen, die bei entsprechend restriktiver Auslegung statuarischer Bestimmungen als parteischädigend geahndet werden könnten. Daher müsse die Bundesschiedskommission sehr genau abwägen, wo in einer demokratisch organisierten Partei der Toleranzbereich politikwissenschaftlicher Kritik aufhöre und wo die graue Zone der schweren Parteischädigung anfangen.

Die Tatsachenbehauptungen des Antragsgegners H zum Inhalt und zur Interpretation des Artikels "Die rechte Herausforderung" decken sich im wesentlichen mit denen des Antragegners B. Darüber hinaus trägt er vor, daß die Vorinstanz die gegen ihn verhängte Maßnahme nicht näher begründet habe. Vor jedem ordentlichen Gericht werde der persönliche Werdegang des Angeschuldigten bei der Strafzumessung berücksichtigt, während im Beschluß der Vorinstanz mit keinem Wort gewürdigt worden sei, daß er sich seit Jahren Tag für Tag für die SPD eingesetzt und in dieser Zeit offensichtlich keinen Anlaß geboten habe, gegen ihn einzuschreiten. Es gehe letztlich um die Frage, ob es einem Sozialdemokraten gestattet sei, Kritik an führenden Vertretern seiner Partei zu äußern, auch und gerade wenn diese an der Regierung beteiligt seien. Dabei müsse insbesondere berücksichtigt werden, daß es sich bei den "Blättern für deutsche und internationale Politik" um eine politikwissenschaftliche Fachzeitschrift handle. Letztlich sei es für ihn bereits Strafe genug gewesen, seine Kandidatur für den Rat der Stadt D nicht wahrnehmen zu können.

Hinsichtlich der weiteren Behauptungen der Beteiligten wird auf den Inhalt der Akten Bezug genommen. Die Behauptungen der Antragsgegner zu den Artikeln, die über den Aufsatz "Die rechte Herausforderung" hinaus Grundlage der Entscheidung der Vorinstanz gewesen sind, brauchten nicht berücksichtigt zu werden, da die vorliegende Entscheidung nicht auf diese Artikel gestützt wird.

Der beigetretene Ortsverein D-H-O hat sich für den Antragsgegner H eingesetzt; auch insofern wird auf den Inhalt der Akten Bezug genommen.

Gründe

Die Berufungen der Antragsgegner gegen den Beschluß der Schiedskommission II des Bezirks W W vom 20. Dezember 1974 sind zulässig, aber nicht begründet.

Die Berufung des Antragstellers gegen den Beschluß der Schiedskommission II des Bezirks W W in der Sache des Antragsgegners H vom 20. Dezember 1974 ist zulässig und begründet.

Beide Antragsgegner waren gemäß § 35 Abs. 3 des Organisationsstatuts aus der SPD auszuschließen.

1. Allein mit den Auffassungen, die die Antragsgegner in ihrem Aufsatz "Die rechte Herausforderung" in den "Blättern für Deutsche und Internationale Politik" Nr. 10/74 vertreten und den Angriffen, die sie in diesem Aufsatz gegen die Politik der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung und die Politik der SPD allgemein richten, sowie mit den diesen Aufsatz erläuternden und verteidigenden Darlegungen in ihren Schriftsätzen haben die Antragsgegner erheblich gegen die Grundsätze und die Ordnung der SPD verstoßen und ihr schweren Schaden zugefügt.

Bei dieser Bewertung ist der letzte Absatz des Aufsatzes, dessen Formulierung den Antragsgegnern im Zweifel nicht zuzurechnen ist, nicht berücksichtigt worden.

Es war daher nicht erforderlich, auch die anderen, im Verfahren der ersten Instanz herangezogenen Äußerungen insbesondere des Antragsgegners B mit heranzuziehen und zu bewerten.

2. Im Aufsatz wird u.a. behauptet:

- eine Zweiteilung zumindest der europäisch-nordamerikanischen Wirtschafts- und Sozialordnungen in kapitalistische und sozialistische Staaten mit sozialdemokratischen Regierungen und Mehrheiten werden der kapitalistischen Ordnung zugerechnet;
- die Unfähigkeit der kapitalistischen Ordnung zur Lösung akuter Probleme, wie z.B. der Energiekrise, der Inflation sowie die Ohnmacht zur Weiterentwicklung und Veränderung durch soziale Reformen und durch die Politik sozialdemokratischer Parteien;
- eine chronische, sich zuspitzende Krise der kapitalistischen Ordnung;
- eine Politik der SPD, die diese Krise zu verharmlosen und zu vertuschen suche, Progressivität vortäusche, in Wirklichkeit aber weitgehend die Politik ihrer politischen Gegner übernehme;
- eine engstirnige antikommunistische Haltung der SPD, die vor allem in ihrer "Berufsverbots-Praxis" gegenüber systemkritischen Personen zum Ausdruck komme, aber auch darin, daß die SPD den Unterschied zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus im Gegensatz von freiheitlicher Demokratie und Diktatur sähe;
- eine "formierte Gesellschaft" als Konzept sozialdemokratischer Politik.

3. Diese Behauptungen stimmen mit dem Grundsatzprogramm der SPD und den tatsächlichen Zielen und dem Inhalt sozialdemokratischer Politik nicht überein. Dabei genügt es nicht, zur Verteidigung dieser Behauptungen als mögliche kritische Meinung innerhalb des Spektrums sozialdemokratischer Auffassungen einzelne Sätze des Grundsatzprogramms zustimmend, aber zusammenhanglos zu zitieren, wie die Antragsgegner das in ihren Schriftsätzen tun.

Die SPD ist die Partei des demokratischen Sozialismus. Eine demokratisch-sozialistische Gesellschafts-, Wirtschafts- und Sozialordnung zu entwickeln, durchzusetzen, zu fördern, zu stärken und zu verteidigen ist ihr politisches Ziel und ihr immerwährender Auftrag, denn demokratischer Sozialismus ist kein starres, zu einem bestimmten Zeitpunkt und nach bestimmten politischen Veränderungen - z.B. Änderung des Eigentums an Produktionsmitteln - zu erreichendes oder erreichtes Gesellschafts-System, sondern eine immer erneuter Überprüfung und Weiterentwicklung bedürftige, offene, auf die freie Entwicklung aller Bürger gerichtete Ordnung.

Vor und nach dem ersten Weltkrieg haben sich von der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung die gleichfalls für sich die Bezeichnung "sozialistisch" in Anspruch nehmenden kom-

unistischen Parteien und Fraktionen abgespalten. Sie haben die Ziele und Ideen des Sozialismus pervertiert und permanent verraten. Sie haben die Fremdbestimmung durch die Minderheit einer Monopolpartei an die Stelle der Selbstbestimmung aller Bürger gesetzt. Sie haben grundlegende Freiheiten der Arbeitnehmer (z.B. freie Konsum- und Arbeitsplatzwahl; Freizügigkeit; Koalitionsrecht; Streikrecht) mißachtet und vernichtet. Seither verläuft zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten eine Trennungslinie, die nicht nur graduelle unterschiedliche politische Auffassungen, sondern einander grundlegend entgegengesetzte politische Einstellungen und Ziele markiert: Die Trennungslinie zwischen der dogmatischen, von einer monokausalen Gesellschafts-Analyse ausgehenden und monofinalen, auf Machterwerb für ihre Partei und Einschränkung demokratischer Freiheiten und rechtsstaatlicher Garantien gerichteten Politik der Kommunisten und der Offenheit der Parteien des demokratischen Sozialismus für eine Vielfalt wissenschaftlicher Erklärungen für gesellschaftliche Entwicklungen und Abhängigkeiten sowie ihrer Politik mit dem Ziel ständiger Ablösung von Inhabern der politischen Macht, der Vermehrung der demokratischen Freiheiten und der Verstärkung rechtsstaatlicher Garantien.

Das Godesberger Programm sagt dazu unmißverständlich:

"... Zu Unrecht berufen sich die Kommunisten auf sozialistische Traditionen. In Wirklichkeit haben sie das sozialistische Gedankengut verfälscht. Die Sozialisten wollen Freiheit und Gerechtigkeit verwirklichen, während die Kommunisten die Zerrissenheit der Gesellschaft ausnutzen, um die Diktatur ihrer Partei zu errichten. ...

... Freiheit und Gerechtigkeit lassen sich durch Institutionen allein nicht sichern. Alle Lebensbereiche werden zunehmend technisiert und organisiert. Dadurch entstehen immer neue Abhängigkeiten, die die Freiheit bedrohen. Nur ein vielgestaltiges wirtschaftliches, soziales und kulturelles Leben regt die schöpferischen Kräfte des einzelnen an, ohne die alles geistige Leben erstarrt. ...

... Die Kommunisten unterdrücken die Freiheit radikal. Sie vergewaltigen die Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht der Persönlichkeit und der Völker. Gegen ihren Machtapparat stellen sich heute zunehmend auch die Menschen der kommunistisch regierten Länder selber. Auch dort vollziehen sich Wandlungen. Auch dort wächst das Freiheitsstreben, das keine Herrschaft auf die Dauer völlig niederhalten kann. Aber die kommunistischen Machthaber kämpfen um ihre Selbstbe-

hauptung. Auf dem Rücken ihrer Völker errichten sie eine wirtschaftliche und militärische Macht, die zur wachsenden Bedrohung der Freiheit wird. ..."

In der SPD gibt es zu Recht ein breites Spektrum möglicher politischer Auffassungen. Ebenso ist in der SPD eine Meinungsvielfalt über programmatische Fragen, Probleme der mittelfristigen politischen Planung und über jeweils aktuelle politische Entscheidungen möglich und geboten. Diese Meinungsvielfalt schließt die Möglichkeit zur Kritik an der Politik von Sozialdemokraten in Parlamenten, Bundes- und Landesregierungen, Kommunalverwaltungen und gesellschaftlichen Verbänden ein. Nichtsdestoweniger bilden jedoch vor dem Hintergrund der geschichtlichen Erfahrungen seit dem Bruch der ursprünglich einheitlichen demokratisch - sozialistischen Bewegung in eine sozialdemokratische und eine ihr grundlegend entgegengesetzte kommunistische Bewegung eine Reihe von Grundüberzeugungen den Kern der Übereinstimmung aller, die in der SPD ihre politische Heimat gefunden haben und finden.

Zu diesen Grundüberzeugungen gehört

- die Anerkennung einer offenen, ständig sich verändernden, der Veränderung aber auch bedürftigen und fähigen Gesellschaft;
- die Bewertung der SPD als politische Partei, die mit anderen demokratischen Parteien um die Macht konkurriert und sich regelmäßig demokratischen Wahlentscheidungen stellt;
- die Bejahung der Solidarität zwischen allen Sozialdemokraten, die Kritik einschließt, aber kritische Auseinandersetzungen so führt, daß die Glaubwürdigkeit sozialdemokratischer Politik nicht in Frage gestellt wird;
- die Ablehnung jeder Gemeinsamkeit mit dogmatischen politischen Kräften, die die SPD als einen Feind ansehen, den es zu beseitigen gelte.

Wer diese Grundüberzeugungen nicht teilt, sie in Frage stellt und bekämpft, für den ist die SPD nicht der richtige politische Ort.

4. Diese Grundüberzeugungen finden ihren Niederschlag in einer Fülle von Darstellungen der Grundsätze sozialdemokratischer Politik und entsprechen programmatischen Auseinandersetzungen. Sie werden von Sozialdemokraten, die an solchen Auseinandersetzungen sich beteiligt haben, übereinstimmend vertreten, unabhängig von unterschiedlichen Meinungen über die richtige und notwendige Politik der SPD im Einzelnen.

Nur beispielhaft seien als Beleg für die Übereinstimmung in diesen Grundsätzen genannt:

a) B in seiner Rede zum 15. Jahrestag des Godesberger Programms:

"... Das Godesberger Programm trennt uns ganz und gar nicht von den großen Aufgaben und Zielen der deutschen Arbeiterbewegung. Im Gegenteil: Es formuliert dieser Zeit gemäß den überkommenen und übernommenen Auftrag. Es hat uns im Kampf für eine freiheitlichere, gerechtere, solidarischere Gesellschaft gestärkt.

Und: Dieses Programm führte die Sozialdemokratie in die Regierung. Wir können stolz sein auf das, was wir - seit 1969 im Bündnis mit unserem freidemokratischen Partner - nach außen und im Inneren Schritt für Schritt haben durchsetzen können. ...

... Gerade aus dieser Sicht ergibt sich auch eine zusätzliche, inhaltliche Abgrenzung vom Kommunismus. Unsere schwedischen Freunde weisen in ihrem neuen Programmentwurf darauf hin, daß dem kommunistischen Staatskapitalismus ein gewisser materieller Erfolg nicht abzusprechen sei. Aber sie fügen hinzu: 'Wo immer das Eliteprinzip des Leninismus maßgebend war, sind die Hoffnungen auf eine Volksherrschaft nicht erfüllt worden'. In Staaten, in denen dieses Prinzip herrscht - mit seiner Zentralisierung der Macht und seinem Mangel an Demokratie - werden Freiheit und Gleichheit stranguliert: 'Deshalb kann es in diesen Staaten nicht zu jener Gemeinschaft freier und gleichgestellter Menschen kommen, die das Ziel des demokratischen Sozialismus ist'.

Ich habe dies nicht nur der Abgrenzung wegen zitiert, sondern auch, um auf jenen entscheidenden Teil des Godesberger Programms hinzuweisen, der die aus der Frühzeit der Arbeiterbewegung herüberreichende 'Identität von Sozialismus und Sozialisierung' aufgehoben hat. Wir sagen Ja zum marktwirtschaftlichen Organisationsprinzip der Wirtschaft; zur persönlichen Initiative, der öffentliche Verantwortung zur Seite treten muß; zum Schutz des Eigentums. Aber innere Demokratisierung ist notwendig. Sonst herrschen bürokratische und technokratische Verfahren und nicht das vom Volk gewählte Parlament."

b) Die im Zusammenhang mit der Diskussion des Orientierungsrahmens geschriebenen Beiträge zur Theorie-Diskussion I und II, herausgegeben von Georg Lührs, Bonn-Bad Godesberg 1974, Verlag JHW Dietz-Nachf., und zwar insbesondere:

Horst Ehmke, Bd. II S. 95

"... Eine Theorie, die entgegen der traditionellen marxistischen Theorie von der Eigenständigkeit des Staates gegenüber dem Kapitalverwertungsprozeß ausgeht, muß diese Eigen-

ständigkeit nicht nur konstatieren und beschreiben, sondern theoretisch ableiten. Dies gilt insbesondere angesichts des Umstandes, daß kein theoretischer Grund ersichtlich ist, warum die Eigenständigkeit des Government eines demokratischen Gemeinwesens sich nicht auch gegen die kapitalistischen Produktionsverhältnisse wenden können soll ..."

Bd. II S. 96

"...Offensichtlich kann die Zerschlagung des demokratischen Staates kein praktisches politisches Ziel des demokratischen Sozialismus sein. Bei einer solchen Art von Doppel-Strategie blieb die Demokratie wohl auch noch vor dem Kapitalismus auf der Strecke."

Erhard Eppler, Bd. II S. 80/81

"... Nicht nur auf der äußersten Linken hören wir die Frage, ob denn die parlamentarische Demokratie mit alledem nicht überfordert sei. Wenn damit eine Demokratie gemeint sein sollte, wo die Bürger alle vier Jahre zur Urne gehen und dann warten, was die Regierung ihnen zu bieten hat, darin ist sie sicher überfordert. Trotzdem ist unsere Verfassungsordnung besser als jede andere geeignet, jenen Austausch von Information, jene Diskussion, jene Mobilisierung von politischem Willen möglich zu machen, ohne die in keinem System das politische Räderwerk auf die Geschwindigkeit zu bringen ist, die dem Problemdruck unserer Zeit entspricht. ..."

Bd. II S. 82/83

"... Ich kann mir eine funktionierende Wirtschaft in einem hochindustrialisierten Land nicht vorstellen ohne einen freien Markt, der in weiten Bereichen Angebot und Nachfrage von Gütern über den Preis reguliert. Dies gilt sogar da, wo ein Teil oder gar die Gesamtheit der Produktionsmittel in Gemeineigentum sind. Ich kann mir eine hochspezialisierte Wirtschaft auch nicht vorstellen ohne das, was man im Osten verschämt materielle Interessiertheit, bei uns Gewinn nennt. Eine staatskapitalistische Zentralverwaltungswirtschaft wäre für uns kein Schritt nach vorn, sondern einer zurück. Ich glaube nicht, daß das Privateigentum in Produktionsmitteln die Freiheit garantiere. Aber es leuchtet mir auch nicht ein, warum das Gemeineigentum an Produktionsmitteln diese segensreiche Wirkung haben sollte. Für beides gibt es keinen historischen Beweis. Hier muß wohl von Fall zu Fall nachgewiesen werden, welche Regelung im Interesse der Gemeinschaft günstiger ist. Wichtiger wird es sein, die Rechte, die aus dem Eigentum, vor allem an Produktionsmitteln und am Boden, fließen, neu, das heißt in manchen Fällen, restriktiver zu formulieren ..."

Peter Glotz, Bd. I S. 244

"... Wer der Strategie der Systemüberwindung nicht folgen will, muß ihr eine Strategie der kontrollierten Systemveränderung entgegensetzen; eine Koalition aus dem juste milieu der

Arbeiterbewegung, aus der alten linken Subkultur reicht nicht zum Erfolg. Die deutsche Linke wird als politische Kraft nur weiterexistieren, wenn sie die historische Aufgabe des Reformismus bewußt macht: nicht als Weltanschauung oder Patentrezept für alle geschichtlichen Situationen, sondern als konkrete Strategie für bürokratisierte, nachindustrielle Gesellschaften am Ende des 20. Jahrhunderts. Die Aufgabe wäre, Marx schöpferisch anzuwenden, ohne Lorenz von Stein zu vergessen ..."

Peter von Oertzen - Thesen zur Strategie und Taktik des Demokratischen Sozialismus in der Bundesrepublik Deutschland - Bd. II S. 14/15

"...

- Demokratie ist ohne die ganze Fülle der liberalen und demokratischen Rechte und Freiheiten nicht möglich. Ihr politischer Kern ist in der sog. "freiheitlichen demokratischen Grundordnung" des Grundgesetzes zusammengefaßt. Der Sozialismus darf diese Rechte und Freiheiten nicht einschränken, er muß sie vielmehr ausweiten. Ohne gesicherte persönliche Freiheit und gesicherte gesellschaftlich-politische Mitbestimmung für jeden Einzelnen ist Sozialismus nicht denkbar.

- Da Ziel und Weg, Zweck und Mittel eine untrennbare Einheit bilden, läßt Sozialismus sich prinzipiell nicht mit undemokratischen Methoden verwirklichen. Zwischen den verschiedenen Formen des bürokratischen, autoritären oder diktatorischen "Sozialismus" ("Kommunismus") und dem demokratischen Sozialismus besteht daher nicht bloß ein taktischer, sondern ein grundsätzlicher Widerspruch.

...

- Demokratisch-sozialistische Politik ist daher in der Bundesrepublik Deutschlands nur als "reformistische" Politik möglich. Die einzige politische Kraft, die eine solche Politik führen könnte, ist die SPD. Die Einheit, Schlagkraft und politische Glaubwürdigkeit der Partei muß daher unter allen Umständen erhalten und gestärkt werden."

Bd. II S. 37/38

"38. Die SPD bekennt sich bedingungslos zu einer freiheitlichen demokratischen politischen Ordnung und lehnt jede gewaltsame Veränderung des politischen oder gesellschaftlichen Systems und jede Diktatur ab. Daher verwirft sie auch die Diktatur sog. "kommunistischer" Parteien aus prinzipiellen und nicht allein aus taktischen Gründen. ..."

Bd. II S. 45

"58. Der Versuch, das unzweideutige Bekenntnis zu rechtsstaatlichen Grundsätzen als "Rechtsfetischismus" abzutun (wie er in der innerparteilichen Diskussion immer wieder unternommen wird) ist sachlich irrig und politisch schädlich; ..."

Bd. II S. 46

"61. ... Wir haben keinen Grund, öffentliche Schlüsselpositionen, z.B. im Erziehungswesen, Kräften zu überlassen, für die Demokraten nur "Agenten der Diktatur des Kapitals" und demokratische Sozialisten "verächtliche Verräter der Arbeiterklasse" sind. ..."

Hans-Jochen Vogel, Bd. II S. 58/59

"... Diese Vollsozialisierung wird mit der Behauptung begründet, die Behebung des angeblichen gesellschaftlichen Grundwiderspruchs werde alle Übel und Gefahren beseitigen und die Lebensqualität zu ihrer höchsten Vollendung führen. Bei näherem Zusehen ist das allerdings keine neue, sondern eine alte Antwort, die auch im modernen Gewande keine Zustimmung verdient. Gewiß kann man über einzelne Vergesellschaftungen reden. Österreich hat wichtige Schlüsselindustrien verstaatlicht und ist dennoch eine freiheitliche Demokratie. Frankreich hat seine Banken verstaatlicht und dafür sicher gute Gründe. Aber die Vollsozialisierung als Prinzip oder gar als Dogma muß auf Ablehnung stoßen. Sie widerspricht dem Godesberger Programm, in dem ausdrücklich steht, daß freie Konsumwahl und freie Arbeitsplatzwahl entscheidende Grundlagen, freier Wettbewerb und freie Unternehmerinitiative wichtige Elemente sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik sind."

Bd. II S. 68

"... Die Reformen können daher meines Erachtens nur auf dem Weg parlamentarischer Gesetzgebung, staatlicher und kommunaler Aktivitäten verwirklicht werden. Zu diesem Zweck müssen wir um Mehrheiten kämpfen. Zu diesem Zweck müssen wir natürlich auch das Bewußtsein der Menschen verändern und ihnen verstärkte Mitwirkungsmöglichkeiten einräumen, wie sie Bürgerinitiativen da und dort schon in Angriff nehmen. Aber all das muß sich im Rahmen der demokratischen Spielregeln halten..."

... Damit beantwortet sich auch die Frage nach den möglichen Bündnispartnern bei der Verwirklichung der Reformen. Dies können nur Kräfte sein, die nicht nur die einzelne Reform unterstützen, sondern auch den Staat und seine verfassungsmäßige Ordnung bejahen. Deshalb scheiden alle linken Gruppen und Grüppchen aus, die offen oder verhüllt die Anwendung von Gewalt befürworten. Es scheiden aber auch die Kommunisten aus. Denn sie erstreben eine Gesellschaft ohne Demokratie und rechtsstaatliche Freiheiten, sie erstreben unverändert die Diktatur des Proletariats ..."

5. Die in dem Aufsatz "Die rechte Herausforderung" zum Ausdruck kommenden Auffassungen der Antragsgegner lassen keine Übereinstimmung mit diesen Grundüberzeugungen erkennen. Vielmehr wird eine eigenständige Reformpolitik der SPD als unmöglich hingestellt und als "scheinprogressiv" denunziert. Der SPD wird unterstellt, ihre Politik plagiiere in Wirklichkeit ihre konservativen und liberalen politischen Konkurrenten und Gegner. Der SPD wird weiter unterstellt, sie verfolge - wie zumindest Teile der CDU - das Konzept einer stärker

geschlossenen, nach ständischen Vorbildern gegliederten sogenannten formierten Gesellschaft und nicht das einer zunehmend offenen, in der Wahrnehmung von Bildungs-, Berufs- und politischen Mitwirkungschancen zunehmend mobilen, effektiven, von ständischen Traditionen sich entfernenden Gesellschaft. Die grundlegenden Unterschiede zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten werden bagatellisiert. Insbesondere machen sich die Antragsgegner mit der Behauptung, die Krise "des Kapitalismus" verschärfe sich immer mehr, einerseits unkritisch eine zentrale kommunistische Behauptung zu eigen, andererseits übernehmen und bestätigen sie damit die mit den Auffassungen der SPD nicht übereinstimmende Beurteilung eines Teiles der politischen Gegner der SPD, die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik seien durch eine tiefe, sich immer noch verschärfende Krise gekennzeichnet.

Der Aufsatz stellt insgesamt die Glaubwürdigkeit sozialdemokratischer Politik in Frage und muß von jedem unbefangenen Leser als Warnung vor der Politik der SPD und als Aufforderung, diese Politik zu bekämpfen, verstanden werden.

6. Die Antragsgegner haben erheblich gegen die Grundsätze der SPD verstoßen, indem sie Auffassungen vertreten haben, die die Grundüberzeugungen der SPD ablehnen und bekämpfen.

Die Antragsgegner haben dadurch erheblich gegen die Ordnung der SPD verstoßen, daß sie mit unsachlicher Darstellung die Politik der SPD in einer Weise angegriffen und kritisiert haben, die den Grundsatz der Solidarität auch in kritischen Auseinandersetzungen völlig außer acht gelassen hat.

Durch das Verhalten der Antragsgegner ist der SPD schwerer Schaden entstanden. Der Begriff des schweren Schadens ist, wie es bei einer politischen Partei nicht anders sein kann, politisch und nicht etwa zivilrechtlich zu verstehen. Denn wenn man dem Begriff des schweren Schadens einen zivilrechtlichen Inhalt geben wollte, hieße das, daß eine konkrete politische Verhaltensweise zu einem konkret nachweisbaren Schaden, etwa einer Einbuße von Wählerstimmen, geführt haben müßte. Dieser Nachweis ist jedoch niemals zu führen und daher vom Parteiengesetz auch nicht gewollt. Ein Schaden liegt vielmehr schon dann vor, wenn eine Partei in der Glaubwürdigkeit ihrer Sachaussagen, die sie in der Öffentlichkeit zu vertreten hat, beeinträchtigt wird (vgl. Urteil des Landgerichts Bonn 7 O 527/73 vom 6.3.74).

Die Antragsgegner haben die Glaubwürdigkeit der SPD dadurch erheblich beeinträchtigt, daß sie die Politik der SPD verfälscht und verzerrt dargestellt haben und den politischen Gegnern der SPD damit Gelegenheit geben, die Verfälschungen und Verzerrungen in politischen Auseinandersetzungen zum Nachteil der SPD zu verwenden. Gleichzeitig haben da-

mit die Antragsgegner die Position der Anhänger der SPD in solchen Auseinandersetzungen erschwert.

7. Für die Beurteilung der Handlungsweise der Antragsgegner kann es nicht darauf ankommen, daß sie ihre nichtsozialdemokratischen Auffassung in einem Aufsatz in einer kritischen politischen Zeitschrift veröffentlicht haben und daß der Antragsgegner B von Beruf Politik-Wissenschaftler ist. Beruf und Wahl einer bestimmten Form und eines bestimmten Ortes einer Äußerung können kein Rechtfertigungsgrund für die Vertretung nichtsozialdemokratischer oder gegen die SPD gerichteter Auffassungen durch ein Mitglied der SPD sein. Es kann kein "Wissenschaftsprivileg" und damit mehrere Arten von Solidarität für die Mitglieder der SPD geben. Daher können sich die Antragsgegner auch nicht darauf berufen, den Artikel nicht mit einem Hinweis auf ihre Mitgliedschaft und ihre Funktionen in der SPD gezeichnet zu haben.

8. Schließlich sind die Verstöße beider Antragsgegner gegen die Ordnung der SPD einheitlich zu bewerten. Beide haben sich gemeinsam zu Auffassungen bekannt, die mit sozialdemokratischen Grundüberzeugungen nicht vereinbar sind und haben dadurch, wie dargelegt, der SPD schweren Schaden zugefügt. Beide können daher nicht länger Mitglied der SPD sein.